



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 23. März 2022

Polizeiliche Kriminalstatistik 2021 – Gewalt gegen saarländische Polizistinnen und Polizisten steigt

Die am heutigen Tag vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2021 zeigt, dass Widerstandshandlungen und tätliche Angriffe gegen die saarländische Polizei auch im Jahr 2021 nicht unerheblich gestiegen sind. Die PKS verzeichnet in dem Deliktsbereich einen Anstieg um 23 auf insgesamt 432 Fälle. 110 Kolleginnen und Kollegen wurden nach einer solchen Gewalttat verletzt und reichten eine Dienstunfallanzeige ein – 18 Polizeibeschäftigte waren hiernach sogar dienstunfähig. Das Saarland schließt sich mit diesen Zahlen einem traurigen bundesweiten Trend an.

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, ist diese gesellschaftliche Entwicklung schon lange nicht mehr hinnehmbar. Die GdP fordert insbesondere für ihre Polizei den Schutz des Staates ein und spricht sich erneut für die Einrichtung einer spezialisierten Staatsanwaltschaft, die Angriffe gegen Polizeibeschäftigte, Rettungskräfte und politisch Ehrenamtliche kompromisslos zur Anklage bringt, aus. Die Erfahrungen z.B. aus Nordrhein-Westfalen zeigen, dass hierdurch die Anklage- und Verurteilungsquote deutlich gesteigert werden konnten.

Der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß, hierzu: „Die Einrichtung einer spezialisierten Staatsanwaltschaft wäre ein sogar fast kostenneutrales Zeichen der Politik, dass man die Gewalt gegen unsere Polizei wirksam bekämpfen will – die hervorragenden Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen sollten auch unserem Justizministerium bekannt sein. Straftäter, die dafür verantwortlich sind, dass im Saarland jeden Tag mehr als eine Polizistin oder ein Polizist attackiert werden, müssen schnell und konsequent bestraft werden. Durch diese Fachabteilung in der Saarbrücker Staatsanwaltschaft könnte eine Trendwende in dem Deliktsbereich eingeleitet werden. Es wäre nur schön, wenn auch die saarländische Politik dies endlich verstehen würde!“

